

Vernehmung des gesamten deutschen Proletariats ebenso sicher ist, wie die lässliche Bourgeoisie auf die Unterstützung der gesamten deutschen Bourgeoisie rechnen kann.

Bisher konnten wir bei den jüdischen Sozialdemokraten weder von dem einen, noch von dem anderen Gedanken die geringste Spur finden. Erst an diesem Sonntag haben es die Führer der Chemnitzer Sozialdemokratie abgelehnt, gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Junade-Demonstration aufzumarschieren. Und doch versteht jeder Arbeiter, daß der Zusammenstoß des Proletariats zur einheitlichen Abwehr der reaktionären Verbände tausendmal wichtiger ist, als ein Duzend Mandate für problematische Arbeitervertreter, von denen niemand weiß, wie bald sie dem Beispiele der Bad und Bielefelder folgen werden.

Nach den Erfahrungen von 1923 kann niemand mehr der Meinung sein, daß es möglich ist, in Sachen proletarische Politik zu machen und zugleich die bürgerliche Koalitionspolitik im Reiche zu unterstützen. Denn jedermann weiß, daß es gerade die Rolle der Sozialdemokraten in der Reichsregierung der Ebert, Gollmann und Konstantin gewesen ist, die Arbeiter über den Aufmarsch der Gewerkschaften zu täuschen und dadurch den geschlossenen Abwehrkampf des Proletariats zu zerschlagen. Es ist ebenso unerspäßlich, daß die Schwäche, Schwankende, feige Haltung der Zeigner-Regierung die rechtzeitige Mobilisierung des jüdischen Proletariats vereitelt hat.

Das „Amdauer Volksblatt“ erklärt folgendes:

„Wichtig es uns, im Wahlkampf eine sozialistische Mehrheit zu erzielen, kann werden wir, ohne nach den bürgerlichen Parteien zu fragen, eine sozialistische Regierung bilden, hängt die sozialistische Parlamentsmehrheit von einigen Stimmen der Kommunisten ab, so werden wir sicherlich trotzdem bedenkenlos die sozialistische Regierung bilden, werden nicht viel reden und nicht viel fragen, ob die Kommunisten diese Regierung unterstützen, werden uns nicht auf irgendwelche von den Kommunisten etwa angebotene unehrliche Bedingungen einlassen, werden eine klare, eindeutige, im Rahmen des Geschehenen mögliche, sozialistische Politik treiben und werden es den Kommunisten überlassen, diese sozialistische Regierung zu führen oder zu führen.“

Was im Rahmen des „Geheimen“ möglich ist, das hängt ganz und gar von der Politik ab, die die Arbeiterklasse betreibt. Die gesamte Arbeiterklasse, die höchste Steigerung der Macht des Proletariats das ist das Ziel aller Forderungen, aller Bedingungen der Kommunisten. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß ihre Forderungen und Bedingungen die Forderungen und Bedingungen der gesamten jüdischen Arbeiterklasse werden. Dann wird eine „sozialistische Regierung“, die die Geschäfte der Bourgeoisie betreibt, wie die der Bad, Bielefeld, Zeigner und Liebmann geführt werden, nicht durch irgendwelche parlamentarischen Manöver, sondern durch den Willen der Arbeiterklasse.

Keine parlamentarischen Redenanstöße werden den Führern der jüdischen Sozialdemokratie die Antwort auf die Fragen ersparen: Erlaubt es, wie soll der Wille des Proletariats, der in seiner Abstimmung zum Ausdruck kommt, durch die Machtmittel des Proletariats durchgesetzt werden, zweitens, wie soll das jüdische Proletariat vor dem Angriff der Machtsorgane der Bourgeoisie, die der Bourgeoisie zur Verfügung stehen, geschützt werden?

Die Führer der jüdischen „SPD“ machen alle möglichen Ausflüchte und Mandate, um diesen Fragen auszuweichen. Es ist die Aufgabe unserer Genossen, dieses Mandat zu verhindern. Durch die Führung des Wahlkampfes im kommunistischen Sinne wird es uns möglich sein, die Arbeiterklasse für unseren Standpunkt zu gewinnen und die sozialdemokratischen Führer zu einer klaren Entscheidung zu zwingen.

### Die Furcht vor der Abrechnung

Die Landtagsaufhebung soll verhindert werden.

Wie die „Hufe“ Presse der SPD mitteilt, soll neuerdings wieder der alte Plan angesetzt sein, die Legislaturperiode des Sächsischen Landtages durch einen Verfassungsändernden Beschluß zu verlängern und dem Lande die „glorreiche“ Selbst-Wähler-Konstitution nach eine Zeitlang zu erhalten. Die treibenden Kräfte dieser Bestrebungen sollen diesmal die Wirtschaftskräfte sein, die sich mit der ersten Wahlfrage, den Landtag durch eine Vertagung oder einen Aufruf dazu zu veranlassen. Die sozialdemokratische Presse bringt diese Absicht mit den Schwierigkeiten in Verbindung, die sich für eine Verfassungsänderung nach den Wahlen ergeben dürften.

Es muß zunächst abgewartet werden, inwiefern dieser Plan, der ja nicht neu ist, realisiert werden wird. Immerhin ist es durchaus möglich, daß man noch in letzter Stunde den Versuch machen wird, den Fortbestand der Großen Koalition zu sichern. Diese Bestrebungen werden nicht nur bei den bürgerlichen Parteien, sondern auch bei den 24 Renegaten Zustimmung finden, denn für diese Herrschaften sind die Aussichten des Wahlkampfes nicht gerade glänzend. Es ist auch anzunehmen, daß die Worte Stöberers auf der Dresdener Tagung der Industriellen einflussreichen Wirtschaftskreisen Veranlassung gegeben haben, sich mehr wie bisher dafür einzusetzen, jetzt einen Wahlkampf in Sachen aus dem Wege zu räumen.

Auf jeden Fall hat die Arbeiterklasse alle Veranlassung, die dunklen Pläne der jüdischen Koalition mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Die Herrschaften mögen es wagen, bei der Stimmung der wirtschaftlichen Massen sich eine derartige fröhe Prospektion zu erlauben. Die Arbeiter werden auf dem Boden sein. Schon vor Monaten hat die SPD in Anbetracht dieser Bestrebungen der Koalitionsparteien der SPD ein Volksbegehren auf sofortige Landtagsaufhebung vorzulegen. Die sozialdemokratischen Führer haben damals diesen Plan abgelehnt. Sollte der neu aufgetauchte Plan wirklich greifbare Gestalt annehmen, so wird die SPD dafür sorgen, daß der Wille der frohen Schichten diesen Landtag zum Teufel jagt.

### Der Parteivorstand falliert das Urteil gegen Kaffan

Wie die „Hufe“ Presse der SPD mitteilt, hat der Parteivorstand des Schiedsgerichts im Falle Kaffan aus formellen Gründen aufgehoben. Besondere hatte das Schiedsgericht, das Kaffan wegen seines Ausschusses angeklagt hatte, den Ausschluß für unbeschäftigt erklärt. Nachträglich hatte die SPD dann festgestellt, daß als Richter an diesem Gericht zwei Vertreter teilgenommen hätten, die schon der A.S.P.S. angehörten. Aus diesem Grunde falliert der Parteivorstand jetzt die Entscheidung. Der Parteivorstand hält wohl den Zustand, daß sich in seiner Partei A.S.P.S. Mitglieder befinden, für nicht möglich, mindestens dann nicht, wenn diese Mitglieder an solch prominenter Stelle stehen.

Bei seiner Entscheidung, die zum guten Teil durch die bevorstehenden Wahlen bedingt sein dürfte, vermeidet der Parteivorstand jede politische Stellungnahme, er verweist sich hinter Formalitäten.

### „Leibesübungen“ für Erwerbslose

Eine Anregung des Staatsministers a. D. Dominicus auf dem Deutschen Turntag in Bremen.

In der Donnerstagsnummer des „Dresdener Anzeigers“ unter dem Titel „Sport, Spiel schreibt Dominicus einen Artikel über Jugend und Erwerbslose. Er macht dabei die alte, aber wichtige Feststellung, daß Hunderte von Jugendlichen schon 1 Jahr, ja noch länger erwerbslos sind, und schreibt dazu wörtlich: „Ein

verärmteter Zustand muß für junge Leute die schwersten Gefahren herbeiführen. Sie werden der regelmäßigen Arbeit entzogen und naturgemäß mit dem gegen eine Gesellschaftsordnung erfüllt, die ihnen in der besten Jugendzeit eine nützliche Betätigung unmöglich macht.“ Herr Dominicus stellt im Verlauf seiner Ausführungen den „deutschen Turnvereinen“ die Aufgabe, sich der Jugend anzunehmen, und schreibt dazu: „Mir scheint es das Richtige, wenn jeder von den über zehntausend deutschen Turnvereinen sobald sich an seine Gemeinde wendet und sich ihr zur Verfügung stellt, und für jugendliche Erwerbslose einen regelmäßigen Turn- und Spielbetrieb einrichtet. Die Gemeindevorwaltung hätte es in der Hand, die Beteiligung der jugendlichen Erwerbslosen an solchen Leibesübungen verbindlich zu gestalten.“

Was bedeutet das, Junagarbeiter? Man will uns zwingen in die bürgerlichen Turnvereine, damit wir abgehalten werden, über unser Geld und dessen Schuldlos nachzudenken. Wir müssen, daß die deutschen Turnvereine eintreten für die sozialistischen Organisationen und mit der Arbeiterklasse nichts gemein haben.

Junagarbeiter, die Sport betreiben wollen, melden sich beim Arbeiterturnverein an, dort, wo unsere Kameraden vertreten sind. Im übrigen müssen wir Herrn Dominicus sagen, daß wir keine Patentschilde ablehnen. Wir fordern Arbeit und Brot, und nicht Ausbeutung für unseren hungrigen Magen.

### Die Hamburger Hafenarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab

Hamburg, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Hafenarbeiter haben den Schiedsspruch, der die alte Arbeitszeit und die alten Löhne vorsieht, abgelehnt. Die Hafenarbeiter verlangen 20 Prozent Lohnerhöhung, Abschaffung aller Überarbeit und Aufhebung der Doppelschichten, die oft zu 18stündiger ununterbrochener Arbeit zwingen. Die Arbeiter verlangen die Ablehnung weiterer Verhandlungen der Schlichtungsmaschinerie und Kampf um ihre Forderungen.

### Die Bergarbeiter bleiben fest

Ablehnung der Vorschläge Baldwin's.

London, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft riefte gestern nach vierstündiger Sitzung einen Brief an Baldwin, in dem der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß die Fortdauer des Streiks ausschließlich durch die Regierung und die Grubenbesitzer verursacht sei. Das Ende des Kampfes sei nur möglich, wenn die Regierung und die Grubenbesitzer einsehen würden, daß die englische Bergarbeiterorganisation eine organisatorische Einheit sei und einheitliche Verhandlungen herbeiführen würden.

Gewisse Beschränkungen Coals lassen befürchten, daß die Bergarbeiter durch die Teilnahmelosigkeit der anderen Gewerkschaften verstimmt und kleinmütig geworden sind und daß der Kampf nicht mit allen Mitteln so zu Ende geführt werden wird, wie auch heute noch die Möglichkeit besteht.

### Der Kampf um das nationale Abkommen

London, 21. September. (Telun.) Die Bergarbeiter-Executive hat heute erneut 4 Stunden über die Baldwin'schen Vorschläge beraten und als Ergebnis dieser Beratungen dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie nach wie vor auf ihrer Forderung beharren, die Verhandlung auf der Basis eines nationalen Abkommens zu lösen. Sie hatte sich dabei an die von Churchill am 8. September ausdrücklich und deutlich gegebene Zusicherung, monach die Regierung den Grundgedanken der nationalen Regelung sich zu einem Maße. Es habe aber nun den Anschein, als ob die Bergarbeiter einen Fehler gemacht hätten, indem sie die Entscheidung Churchill's überhaupt erst nahmen, denn Baldwin's neue Vorschläge seien gerade das Gegenteil dessen, was Churchill versprochen habe. Wie verstanden, haben die Bergarbeiterführer unmittelbar nach Ablehnung des Briefes an Baldwin diesen gegeben, noch heute Abend von ihm empfangen zu werden.

### Mitternachtsverhandlungen bei Baldwin

London, 22. September. (Telun.) Die von den Mitgliedern der Bergarbeiter-Executive erzielte Aussprache mit Ministerpräsident Baldwin ist nach in später Nachtstunde plattend gelang.

## Berichtleugnung von Staatsgeldern bei der Vergebung von Kleinpflasteraufträgen oder Korruption?

Auf Grund eines Angriffs des deutschnationalen Abgeordneten Gressmann gegen das Finanzministerium wegen Vergebung von Kleinpflasteraufträgen an bestimmte Firmen ist weit über den Markt hinausgehender Streit worden vom Landtag ein Untersuchungsaustrag eingeleitet. Der Abgeordnete Gressmann war bei diesem Angriff persönlich nicht ganz uninteressiert, weil sein Schwager einen Steinbruch besitzt und bei den Aufträgen nicht mißbedacht worden war. Er hat seine Angriffe offenbar im Interesse einer Gruppe von Interessenten gemacht und hat natürlich kein Interesse daran, die Affäre zu einem reinen Schlag gegen die Regierung überhaupt zu machen, sondern er ist der Exponent der Steinbruchbesitzer, die während desselben sind, daß nicht sie, sondern die anderen die Millionen verdienen haben. Aber bei einem solchen Streit kapitalistischer Interessengruppen, bei solchen Wäldern von schmutziger Wäsche, kann die Grenze bis zu der die Dinge auseinander werden sollen, nicht immer gemocht werden und es hat die Angelegenheit schon jetzt zu einer Entwidlung geführt, welche die bürgerlichen Kreise Sonders arg bloßstellen muß.

Der Untersuchungsausschuss hat zweimal getagt. Während dieser Sitzungen ist schon eine ganze Reihe von Feststellungen gemacht worden, die ein recht trübes Bild von der „unsernütigen“ Wirklichkeit des Finanzministers geben. Ausschlagend ist bis jetzt, daß die Regierung im Mai 1925 vierhundert einzigen Firmen Vergebungsaufträge gegeben hat und für den Quadranten 10 bis 15 Mark bezahlt hat, während die liefernden Firmen einen Teil der Steine für 8 Mark kauften und einfach die Waagen umsetzten. Ausschlagend ist ferner, daß selbst die Firmen, welche den mit Staatsaufträgen bedachten Firmen einen Teil der Steine liefern, bei 8 Mark gut verdienen haben und daß der Preis für die Steine etwa normal 5,50 bis 6 Mark beträgt. Es handelt sich bei diesen Aufträgen um Millionenaufträge. Der Auftrag vom Mai 1925 allein betrug etwa 3.000.000 Mark, an dem die betreffenden Firmen, denen die Regierung freihändig die Aufträge gegeben hat, etwa 1 1/2 Millionen Mark verdienen haben. Es ist weiter festgestellt, daß die Firma, welche besonders mit Staatsaufträgen bedacht war, nach der Vergebung in einer Verleumdung von Steinbruchbesitzern in Dresden diese zu veranlassen suchte, bei einer neuen Ausschreibung der Regierung keine Steine unter 11 Mark anzubieten, um dadurch nachträglich vor der Öffentlichkeit ihre Kleinrenten zu rechtfertigen und als von der Regierung bedachte Firma noch weitere Millionen aus der Staatskasse zu erheben. Der Finanzminister Dehne begründet diese hohen Preise in einer Fußnote an den Ausschuss mit folgendem Satz: „Nach der damaligen Wirtschaftslage wurde allgemein mit Lohnerhöhungen gerechnet und es bestand die Gefahr inflationärer Erscheinungen, die sich in der Forderung steigender Preise bemerkbar machten.“ Also die Furcht vor der Inflation hat im Mai 1925 das Finanzministerium veranlaßt, für Lieferungen, die ganz durchschnittlich, etwa nur für 2 Monate waren, solche exorbitante Preise zu zahlen. Nur merklich, daß die Furcht vor der In-

flation nur die Preise für die Kleinpflastersteine, welche die jüdische Regierung kaufte, zum Steigen brachte, während gerade in der Zeit allgemein die Preise sanken. Die Inflationsschuld hat jedenfalls nur in jüdischen Finanzministerien im vorhergehenden gewirkt und die Köpfe der Beamten davon verblödet, daß sie Preise zahlten, die fast das Doppelte der Normalpreise betragen. Die Furcht vor Lohnerhöhungen und dadurch bedingte Verluste für die Steinbruchbesitzer war auch gänzlich unbegründet. Die Arbeiter haben in dieser Zeit nichts von Lohnerhöhungen gemerkt, wohl aber sind trotz der Kleinrentenwinne der Unternehmer die Löhne vielfach herabgesetzt worden. So wenig schädlich die Gründe des Finanzministers für die Verleumdung der Millionen sind, so wenig schädlich ist auch die Begründung, welche der Regierungsvorsteher für die Verleumdung des Beamten gegeben hat, welcher die Verträge mit abzuschließen hat. „Er ist wegen eines „nerösen Wagenleitens“ penitent.“ Der Herr befindet sich jetzt in einer gut besetzten Stellung bei einer Firma, welche Straßenbaumaterial fabri-

### Schweres Grubenunglück im Ruhrgebiet

4 Bergleute verschüttet. — Bis jetzt ein Toter. Wattencheid, 21. Sept. (Telun.) Auf der Zeche „Fröhliche Morgenjonne“ in Wattencheid-Wattenfeld wurden durch plötzlich hereinbrechende Gesteinmassen 4 Bergleute verschüttet. Die Rettungsbemühungen wurden sofort aufgenommen. Bisher sind 2 Bergarbeiter geborgen worden, davon war einer leider schon tot, während der andere schwer verletzt in das Bergmannsheim Bochum eingeliefert wurde. Man hofft, die beiden anderen im Laufe der Nacht oder morgen bergen zu können. Aber Wahrscheinlichkeit nach sind dann beide schon tot.

### Englisch-italienische Verständigung über Tanger

Rom, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Amlich wird bestätigt, daß binnen kurzem Unterredungen zwischen Chamberlain und Mussolini stattfinden werden, die sich hauptsächlich mit dem englisch-italienischen Zusammenarbeiten in der Tangerfrage beschäftigen werden. Es ist dies die zweite direkte Besprechung nach der Begegnung beider Minister im Dezember vorigen Jahres, wo die Aufstellung Abschlusses durch England und Italien festgelegt wurde.

### Die französische Regierung für Verhandlungen

Paris. Nach einer amtlichen Mitteilung hat sich der französische Ministerrat einstimmig hinter beland's Verhandlungen mit Stresemann gestellt und ihm die Vollmacht zur Fortführung der Verhandlungen gegeben. — Fast gleichzeitig wird gemeldet, daß die belgischen Teilnehmer am internationalen Entzweit eine zustimmende Antwort geben wollen. Es scheint also gelungen zu sein, einen Ausgleich mit den belgischen Forderungen zu finden und auch die englischen Forderungen zu berücksichtigen. Der deutsch-französisch-belgisch-luxemburgische Entzweit steht also vor dem Abschluss.

### Pilsudski läßt die Reaktionen frei

Warschau. Der Finanzminister Karmier gab in der gestrigen Sitzung des Sejms einen Bericht über die Wirtschaftslage, indem er besonders auf die erfreulich hohe Kohlenausfuhr hinwies. Zwischenrufe der Linken wiesen darauf hin, daß diesen Streik der englischen Bergarbeiter zur Ursache habe. — Die nächste Rede hat gegen den Innenminister und den Unterrichtsminister Miłanowski eingebracht. Nachdem aber Pilsudski in den letzten Tagen den letzten in Haft befindlichen Wladimirer freigelassen hat, rechnet man damit, daß der Hauptteil der politischen Reden bei der entscheidenden Abstimmung umfallen und für die Regierung stimmen wird.

### Militärrenten in Holland

Amsterdam, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) Gestern haben sich in der holländischen Garnison A'ssen Zusammenkünfte mit den Rekruten der 12 Infanterieregimenter ergeben. Es kam zu lebhaften Schießereien. Die Soldaten gingen mit Steinen gegen die Wache vor. Es gab Verwundete und Tote. Die meckernden Rekruten saßen die „Internationalen“.

### Gepannte Lage in Spanien

Paris. Nach den neuesten Meldungen aus Spanien deutet dort der Marokkaner fort. Man erwartet eine heftige explosive Entladung der Gegehe. Die Offiziersbünde sollen an den König ein Ultimatum gestellt haben, in dem sie von der Regierung Zurückhaltung für sämtliche Artillerieoffiziere fordern. Auch die Artillerieoffiziere des Marokkaner sollen in einer Eingabe die gleiche Forderung an den König erhoben haben, und drohen mitzuziehen, falls aus ihrer Entlassung nachzudenken. Gleichzeitige kommen Meldungen über die schlechte militärische Lage und starke Verluste der spanischen Expeditionskolonnen in Marokko.

Durch die Verhandlungen im Landtag ist nach Ansicht eines Abgeordneten des Ausschusses bei den interessierten Kreisen der Lauff des Geschäft aufgetaucht, daß die Verabredungen durch gewisse Schiedungen erzielt worden seien. Wir verlangen eine reelle Aufklärung der Angelegenheit. Sie kann aber nur aufgeklärt werden, wenn mit allen Mitteln der Kriminalpolizei in diesen Angelegenheiten hineingeleuchtet wird. Aber die Kriminalpolizei ist ja wohl dazu da, um Kommunisten vor den Staatsanwalt zu bringen. Es ist aber in der bürgerlichen Gesellschaft nicht ihre Aufgabe, alles zu tun, um Aufklärung darüber herbeizuführen, wie die Millionen der Steuerzahler einigen Privatleuten in die Taschen gespült werden. Im Untersuchungsaustrag kann die Angelegenheit nur aufgeklärt und die Schuldigen an der Verleumdung von Staatsgeldern nur zur Rechenschaft gezogen werden, wenn vom Untersuchungsaustrag sämtliche bei diesen Verleumdungen beteiligten Personen eidlös vernommen werden. Vom Genossen Schmidt wurde deshalb die Vorladung einer Reihe von Personen gefordert. Es zeigte sich aber bei dieser Gelegenheit, daß der Abgeordnete Gressmann keine Gewährsmänner für verschiedene Vorwürfe nicht nennen wollte mit der Begründung, diese Leute würden dadurch gefährdet, da sie von den großen Firmen geschäftlich abhängen und dann von diesen kopffertig würden. Aus diesem Verhalten Gressmanns geht hervor, daß ihm wohl an einem Vorstoß im Interesse einer Verleumdungstempore gelegen ist, daß er aber an einer reellen Aufklärung der Sache kein Interesse hat.

Ein um so größeres Interesse an der reellen Aufklärung dieser Verleumdung von Staatsgeldern hat die wertvolle Bevölkerung, aus deren Taschen die Gelder erpreßt werden. Die kommunistische Partei wird trotz aller Sabotageversuche anstreben, um die Angelegenheit reell aufzuklären, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können.